

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

niert ist, eine entscheidende Rolle. Afghanistan und Pakistan werfen sich wechselseitig vor, terroristische Gruppierungen im jeweils anderen Land zu unterstützen. Nachdem die pakistanische Armee im Sommer vergangenen Jahres eine großangelegte Bodenoffensive im Nordwesten des Landes im Grenzgebiet zu Afghanistan gestartet hat, in deren Ergebnis mehr als eine Million Zivilisten zu Binnenflüchtlingen wurden und ihre Dörfer verlassen mussten, kam auch die Situation der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan wieder auf die politische Tagesordnung. Hintergrund dafür ist, dass die pakistanischen Sicherheitsbehörden

Forderungen nach einer stärkeren Rückführung von Flüchtlingen wurden vor allem nach dem Massaker an einer Schule im nordpakistanischen Peshawar mit mehr als 130 Toten letzten Dezember laut, die sich noch verstärkten nachdem klar wurde, dass die Attentäter ihren Basen in Afghanistan hatten. Verbunden mit einem in Folge des Terroranschlags von Peshawar generell verschärften Vorgehens der pakistanischen Sicherheitsbehörden werden seitdem verstärkt Anstrengungen unternommen, registrierte afghanische Flüchtlinge im Land zur Rückkehr nach Afghanistan zu bewegen und nichtregistrierte aufzuspüren und auszuweisen. Dabei gehen die pakistanischen Behörden teilweise wenig zimperlich vor. So wurde jüngst ein seit Jahren von ca. 6000 afghanischen Flüchtlingen bewohnter Slum in Islamabad wegen illegaler Landnutzung dem Erdboden gleichgemacht. Dass sich an dieser Nutzung bislang kein Offizieller gestört hat, spielte keine Rolle. Und in der pakistanischen Öffentlichkeit bzw. der Politik stieß die Maßnahme auf nur vereinzelte Kritik, gleichwohl den betroffenen Flüchtlingen keinerlei Ausgleichsmaßnahmen angeboten wurden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass sich Pakistan schwer mit den im Land lebenden afghanischen Flüchtlingen tut und deren Lage oft prekär ist. Andererseits leben aber auch Millionen Pakistaner in prekären Verhältnissen, so dass nicht von einer systematischen, gewollten Diskriminierung von afghanischen Flüchtlingen gesprochen werden kann. Es ist Pakistan im Gegenteil hoch anzurechnen, dass es trotz großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme und immenser sicherheitspolitischer Herausforderungen seit Jahrzehnten afghanischen Kriegsflüchtlingen Schutz bietet.

Philippinen

Benedikt Seemann (21.08.2015)

Das gesellschaftspolitische Thema der Migration war und ist für die Philippinen im 20. und 21. Jahrhundert von großer Bedeutung. Dies betrifft die Dimensionen der Ein- und Auswanderung, aber auch den Bereich Vertreibung und Binnenflüchtlinge.

Zum jetzigen Zeitpunkt leben zehn Millionen Filipinos als sogenannte OFWs (Overseas Filipino Workers) vor allem in der arabischen Welt und Nordamerika. Im zweitgrößten Land Südostasiens träumt ein Großteil der 100 Millionen Einwohner davon, auszuwandern und so durch Überweisungen aus dem Ausland die Familie in der Heimat unterstützen zu können. Da keine philippinische Regierung der letzten Jahrzehnte imstande war, die Armutquote im Lande signifikant zu reduzieren, lebt ein Viertel der Bevölkerung in absoluter Armut. Aus diesem Grund unterstützt der Staat mit offiziellen Programmen die Auswanderung Geringqualifizierter, muss allerdings auch einen „Brain Drain“, die Auswanderung hochqualifizierter junger Menschen, in Kauf nehmen.

2015 erfuhr der Themenkomplex Einwanderung und Flüchtlinge erhöhte Aufmerksamkeit. Im Mai erklärte sich die philippinische Regierung bereit, tausende Flüchtlinge aus Burma und Bangladesch aufzunehmen. Dies wurde sowohl international, als auch im Land selbst durchweg positiv aufgenommen²³.

²³ Vgl. <http://cnnphilippines.com/news/2015/05/19/Philippines-praised-for-openness-to-refugees.html> [21.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Die Regierung Aquino, der im Hinblick auf Territorialstreitigkeiten mit der VR China sehr an einem positiven Image auf regionaler und internationaler Ebene gelegen ist, beruft sich hierbei gar auf eine gewisse Tradition wohlwollender Flüchtlingspolitik: Bereits in den 1970ern nahmen die Philippinen mehrere Tausend sogenannte „Boat People“ aus Vietnam auf. Als in den 1990ern über den Verbleib ebenjener Flüchtlinge kontrovers diskutiert wurde, setzte sich die Katholische Bischofskonferenz erfolgreich für ein Bleiberecht der vietnamesischen Flüchtlinge ein. Auch wurde im Zusammenhang mit der jüngsten Aufnahme burmesischer Flüchtlinge erneut Bezug genommen auf die Tatsache, dass 1500 jüdische Flüchtlinge während des Zweiten Weltkriegs auf den Philippinen Zuflucht fanden²⁴.

In den Sozialen Medien wurde die Aufnahme von Flüchtlingen aus Burma und Bangladesch durchweg positiv aufgenommen. Ein tiefgehender Diskurs über Implikationen, Zuständigkeiten, Folgen oder gar Fragen der möglichen gesellschaftlichen Integration wurde allerdings nicht angestoßen. Auch werden keine Vergleiche zu Deutschland, Europa oder dem Mittelmeerraum gezogen. Pegida, beispielsweise, und die damit verbundene Diskussion in Deutschland wurden in den Philippinen lediglich durch die internationale Presse wahrgenommen.

Ein gravierendes Problem für die Philippinen, welches allerdings medial relativ geringe Aufmerksamkeit genießt, sind Binnenflüchtlinge und Vertriebene in Mindanao. Im mehrheitlich muslimischen Süden des Landes fanden über Jahrzehnte zwischen muslimischen Separatisten und Regierungstruppen blutige Kämpfe statt. Diese Kämpfe haben zu einer sechsstelligen Zahl von Binnenflüchtlingen geführt. Die Problemlage ist komplex: Die derzeit (noch) existierende Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) soll infolge des fortschreitenden Friedensprozesses durch die Bangsamoro Autonomous Region abgelöst werden. Die ARMM gilt weithin als „gescheitertes Experiment“. Als solches beweist sie sich auch in der Bewältigung der Binnenflüchtlingsproblematik. Die Zentralregierung in Manila überweist staatliche Mittel für Programme in Muslim Mindanao oftmals erst mit zweijähriger Verspätung, die Kapazitäten für effizientes Handeln sind demnach äußerst beschränkt. Trotz des Friedensvertrags zwischen der philippinischen Regierung und der größten muslimischen Gruppe, der Moro Islamic Liberation Front, kommt es im Süden der Insel immer noch zu Gefechten zwischen Splittergruppen und Polizei oder Armee. Auch 2015 wurden hierdurch erneut zehntausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben²⁵.

Auch in Zukunft werden die Dimensionen Auswanderung, Einwanderung und interne Vertriebene die Philippinen beschäftigen. Hier verbergen sich Konfliktpotenziale, die für die sozioökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes entscheidend sind. Der Bedarf an langfristigen und nachhaltigen Strategien, um den vielen Facetten der Migration zu begegnen, ist derzeit allerdings noch kein Schwerpunktthema des öffentlichen Diskurses.

Südkorea

Dr. Norbert Eschborn (26.08.2015)

Die Flüchtlingsproblematik in Europa wird in Südkorea nur im Rahmen unauffälliger Medienberichterstattung perzipiert. Zu Beginn des Jahres 2015 wurde etwas ausführlicher über die Pegida-Bewegung berichtet, dies wahrscheinlich aber auch nur deshalb, weil der neue Oberbürgermeister Dresdens, Dirk Hilbert, mit einer Südkoreanerin verheiratet ist und deshalb als Referenzperson gelegentlich zu Wort kam.

Allerdings spielt das Thema Migration im Süden der koreanischen Halbinsel durchaus eine politisch brisante Rolle. Der Begriff wird vornehmlich mit nordkoreanischen Flüchtlingen und

²⁴ Ausführlich hierzu: <http://www.rappler.com/newsbreak/iq/96929-timeline-philippine-law-policies-refugees> [21.08.2015].

²⁵ Vgl. www.philstar.com/headlines/2015/03/05/1430370/update-over-75000-people-displaced-ongoing-fire-fights-mindanao [21.08.2015]